



auch in Bonn an den Besuch Brentanos in Wien knüpfte, betrafen vor allem die Beseitigung der durch die Regelung der Frage des "deutschen Eigentums" im österreichischen Staatsvertrag entstandenen Spannungen sowie die Festlegung der Richtlinien, welche die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten künftig bestimmen sollen. Es darf heute festgestellt werden, dass diese Erwartungen nicht enttäuscht wurden. Laut dem am Samstag veröffentlichten amtlichen Communiqué ergaben die Besprechungen, die auf österreichischer Seite von Bundesminister Dr. Figl und Staatssekretär Dr. Kreisky, unter Beteiligung von Chefbesamten des Bundeskanzleramtes, Auswärtige Angelegenheiten, geführt worden waren, eine Klärung in folgenden Hauptpunkten:

17) Die beiden Aussenminister sind einmal übereingekommen, ihren Regierungen die unverzügliche Errichtung von diplomatischen Vertretungen in Form von Botschaften vorzuschlagen. Bis dahin konnte angenommen werden, dass zum ersten Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Wien voraussichtlich der Leiter der hiesigen deutschen Wirtschaftsdelegation, Gesandter Dr. Mueller-Graaf, ernannt werde. Den letzten Meldungen zufolge ist es aber nicht ausgeschlossen, dass mit der Veränderung des Status der deutschen Wirtschaftsmission auch eine personelle Umbesetzung erfolgen dürfte. Man spricht davon, dass sich die deutsche Regierung möglicherweise dafür entscheiden werde, als ersten deutschen Botschafter einen Politiker nach Wien zu entsenden. In diesem Fall würde umgekehrt wahrscheinlich auch Wien einen Politiker als Botschafter nach Bonn delegieren.

2)

Ein anderer Punkt, den es zu klären galt, betraf die Frage der Staatsbürgerschaft der Oesterreicher in Westdeutschland. Hier stand Oesterreich auf dem Standpunkt, dass diese Oesterreicher seit dem 27. April 1945 wieder österreichische Staatsbürger seien, während deutsche Gerichte und zum Teil auch deutsche Politiker und Publizisten die Ansicht vertraten, dass diese Oesterreicher die am 13. März 1938 erworbene Reichsbürgerschaft beibehalten hätten oder sie erst nach einer ausdrücklichen eigenen Willenserklärung für Oesterreich verlieren würden. Mittlerweile hat der Erste Senat des deutschen Verfassungsgerichtes in Karlsruhe in einem konkreten Fall eine Entscheidung getroffen, die der österreichischen Auffassung recht gibt. Wie im Schlusscommuniqué über die Gespräche Brentano - Figl ausgeführt wurde, haben die beiden Aussenminister von diesem Urteil mit Befriedigung Kenntnis genommen, das nach ihrer Meinung geeignet erscheint, eine rasche gesetzliche Regelung des Problems zu fördern.

3)

Was endlich die mit dem österreichischen Staatsvertrag im Zusammenhang stehenden Fragen anbelangt, so war von vorneherein zu erwarten, dass es nicht möglich sein würde, die weitschichtige Materie im Rahmen dreitägiger Gespräche durchzubespochen, geschweige denn eine Regelung dafür zu finden. Die Erörterung dieser Fragen führte zu der Uebereinkunft zwischen den beiden Aussenministern, eine gemischte Kommission einzusetzen. Deren Aufgabe soll es sein, alle auf diesem Gebiete noch offenen Fragen zu prüfen, wobei sie sich von dem Gedanken des Ausbaues und der Festigung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten

4) leiten zu lassen habe. Die Kommission soll mit der Arbeit unverzüglich beginnen und den beiden Regierungen auf Grund ihrer Ergebnisse laufend berichten. Es sind somit bei den Wiener Besprechungen zwischen Brentano und Figl keine verbindlichen Richtlinien für die Regelung der noch offenen Fragen, insbesondere bezüglich des "deutschen Eigentums", getroffen worden; dies wird eine der wichtigsten Aufgaben der eingesetzten gemischten Kommission sein.

Der leitende Gedanke der von Aussenminister Brentano anlässlich der verschiedenen offiziellen Empfänge gehaltenen Ansprachen geht dahin, dass es der Wunsch des deutschen Volkes sei, zwischen den beiden Staaten nunmehr eine echte Freundschaft zu gründen. Die beiden Völker - so sagte bei einer Gelegenheit Dr. Brentano - hätten auf Grund einer tragischen Vergangenheit "den Wert der Freiheit, der Unabhängigkeit und der demokratischen Ordnung kennen gelernt und diese Erkenntnis werde ein guter Nährboden für die Freundschaft sein, die Deutschland pflegen und wahren wolle. Seine Begegnung mit den österreichischen Staatsmännern habe ihm die Ueberzeugung vermittelt, dass diese Bereitschaft und Entschlossenheit mit gleicher Herzlichkeit erwidert werde."

Im Rahmen dieses Besuches ergoss sich auch ein wahrer Ordenssegen über die deutschen und österreichischen Staatsmänner. So wurden Dr. von Brentano und Staatssekretär Professor Dr. Hallstein mit dem Grossen goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Oesterreich ausgezeichnet, während Aussenminister Dr. Figl und Staatssekretär Dr. Kreisky

das Grosskreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen wurde. Ebenso erhielten mehrere österreichische und deutsche Beamte aus der Begleitung der beiden Aussenminister hohe Auszeichnungen.

Freitag, den 18. November, vormittags, fand als offizieller Abschluss der Besprechungen eine Pressekonferenz des deutschen Aussenministers im Bundeskanzleramt statt. Herr Brentano stellte dabei fest, sein Besuch habe vor allem "der Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den beiden nunmehr souverän gewordenen Staaten gegolten." Er dankte namens seiner Regierung und namens der deutschen Delegation den österreichischen Gastgebern für den freundschaftlichen Geist, mit dem er in Wien empfangen worden sei. Bezüglich einzelner konkreter Fragen verwies Dr. Brentano auf die im Communiqué niedergelegten Beschlüsse. Ein Team kommunistischer Korrespondenten versuchte bei der Pressekonferenz, Dr. Brentano durch Fragen, die sich auf das Verhältnis Oesterreichs zur Deutschen Demokratischen Republik bezogen, aufs Glatteis zu führen. Dr. Brentano antwortete in äusserst geschickter Weise, es sei Sache der österreichischen Bundesregierung, die aussenpolitischen Beziehungen der Republik Oesterreich zu bestimmen. Er sei nicht nach Wien gekommen, um Bedingungen zu stellen, sondern um eine Atmosphäre der Freundschaft zwischen den beiden Staaten zu schaffen. Der Standpunkt der Regierung der Bundesrepublik Deutschland in dieser Frage sei bekannt: sie betrachte sich als die einzige freigewählte demokratische Regierung Deutschlands und unterhalte diplomatische und freundschaftliche Beziehungen zu allen Staaten, die diesen Standpunkt akzeptieren.

Herr Brentano hat mit seiner Begleitung Wien am Samstag, den 19. November, wieder verlassen. Zu seinem Abschied hatten sich wiederum Aussenminister Figl und die übrigen hohen Beamten des Bundeskanzleramtes nach Schwechat begeben, wo Herr Brentano eine österreichische Ehrenkompanie abschnitt. Damit ist ein Besuch zu Ende gegangen, der zweifellos dazu geführt hat, dass die zeitweilig bis zum Nullpunkt gesunkenen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich wieder normalisiert, ja zum erstenmal seit 1918 vielleicht wieder in freundschaftliche Bahnen gelenkt worden sind. Es herrscht hier die Auffassung vor, dass nun ein neuer Abschnitt der deutsch-österreichischen Beziehungen beginne, und dass die Staatsmänner in Bonn und Wien berufen seien, "angesichts einer grossen, an Leistungen wie an Irrtümern reichen Vergangenheit, gutzumachen, was andere verdorben hätten."

Ich habe heute beim Generalsekretär im Aussenamt, Botschafter Schöner, vorgesprochen, um von ihm zu erfahren, ob im Verlauf der Gespräche auch noch Probleme berührt wurden, welche in den amtlichen Verlautbarungen keine Erwähnung fanden. Herr Schöner erwiderte, dass dies eigentlich nicht der Fall gewesen sei; man sei allerdings bei diesem mehr festlichen Anlass bewusst allen Schwierigkeiten ausgewichen und habe diese den künftigen Kommissionen zugeschoben, da man unter allen Umständen vermeiden wollte, einen Misston in die freundschaftliche Atmosphäre zu bringen.

5) Wie Herr Schöner hervorhob, hat Herr Brentano wiederholt darauf hingewiesen, dass die Bundesrepublik Deutschland Oesterreichs Selbständigkeit und Unabhängigkeit begrüesse und anerkenne. Eine offizielle Anerkennung der Neutralität stehe noch aus, doch werde sie zweifellos binnen kurzem erfolgen.

6) Die Frage des "deutschen Eigentums" sei als technisches Problem aufgefasst worden, dessen Lösung in den Aufgabenkreis der gemischten Kommission falle. Hinsichtlich des Verhältnisses Oesterreichs zur Deutschen Demokratischen Republik habe Oesterreich im Verlauf der Gespräche den Standpunkt eingenommen, dass es sich mit der formellen Anerkennung Pankows nicht beeilen werde, sich aber selbstverständlich nicht verpflichten könne, eine solche niemals vorzunehmen. Sollte eine Reihe von westlichen Staaten, beispielsweise Schweden und die Schweiz, diese Anerkennung beschliessen, so müsste sich Oesterreich vorbehalten, die Frage erneut zu prüfen.

84.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESANDTE  
IN OESTERREICH:

*R. L.*